Niederschrift

über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

am Dienstag, dem 03.02.2004

Folgende Tagesordnungspunkte werden behandelt:

I. Öffentlich

- 1 Einwohnerfragestunde
- 2 Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 02.12.2003
- 3 02 - 13 1558/2004 Haushaltssatzung 2004;
hier: Verabschiedung
- 4 02 - 13 1557/2004 Über- und außerplanmäßige Ausgaben des Haushaltsjahres 2003
- 5 04 - 13 1554/2004 Erlass einer ordnungsbehördlichen Verordnung über die Offenhaltung von Verkaufsstellen aus Anlaß der Veranstaltungen

"Emmerich blüht auf"	am 14.03.2004
"Autoshow"	am 13.06.2004
"Stadtfest"	am 12.09.2004
"St. Martinsmarkt"	am 07.11.2004
- 6 Mitteilungen und Anfragen
- 7 Einwohnerfragestunde

Anwesend sind:

Die Mitglieder:

- Arntzen, Helmut
- Beckschaefer, Christian
- Bongers, Karl-Heinz
- Brink ten, Johannes (für Mitglied Diks)
- Diekman, Rolf
- Heering, Anneliese
- Jansen, Albert
- Jessner, Udo
- Kremer, Helmut
- Kulka, Irmgard (für Mitglied Slood)
- Kunigk, Heinz-Gerhard Adolf
- Lang, Hermann
- Roebrock, Wilhelm
- Siebers, Sabine
- Spiertz, Andre
- Struckhof, Detlef
- Tenhaef, Alfred
- Ulrich, Herbert

Von der Verwaltung: Boch, Horst
als Vorsitzender

Erster Beigeordneter Dr. Wachs
Herr Siebers
Herr Arntz
Herr Gürtzgen
Herr Kraayvanger
Frau Lebbing
Herr Rozendaal
Frau Schlitt
Frau Schnieders
Frau Evers (Schriftführerin)

Der Vorsitzende eröffnet um 18.00 Uhr die Sitzung. Er begrüßt die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung und der örtlichen Presse.

Die Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erinnert der Vorsitzende an Herrn Franz Maiß, der in der Nacht zum 01.02.2004 verstorben ist. Die Anwesenden erheben sich von den Plätzen und gedenken Herrn Maiß.

I. **Öffentlich**

1 **Einwohnerfragestunde**

Einwohner sind keine anwesend.

2 **Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 02.12.2003**

Gegen die gemäß § 21 Abs. 4 der Geschäftsordnung zur Feststellung vorgelegte Niederschrift werden keine Einwände erhoben. Sie wird vom Vorsitzenden und der Schriftführerin unterzeichnet.

3 **02 - 13 1558/2004 Haushaltssatzung 2004; hier: Verabschiedung**

Der Vorsitzende erläutert die Vorlage. Er teilt mit, dass das Minus i. H. v. 514.876 € verringert werden kann durch die Architektenkosten i. H. v. 76.000 € für das Feuerwehrgerätehaus, für die die Stadt in Vorleistung getreten ist. Der neue Investor ist bereit, das Grundstück für das Feuerwehrgerätehaus zu erwerben und nicht wie ursprünglich vorgesehen, in Erbpacht zu nehmen. Somit verringert sich das Defizit auf rd. 300.000 €.

Mitglied Arntzen trägt einen interfraktionellen Antrag vor:

- SN 1 "Personalausgaben" A - 100.000 €
zu erzielende Einsparung von 1 % der mit insgesamt 10,8 Mio. € ausgewiesenen Personalausgaben.
Neueinstellungen und Wiederbesetzung frei gewordener Stellen sind vorab im Ältestenrat zu beraten und zu entscheiden.
- "Sächliche Verwaltungs- und Betriebsausgaben" A - 200.000 €
Zum Ausgleich des Verwaltungshaushaltes sind rd. 2 % der mit 10,18 Mio. € ausgewiesenen sächlichen Verwaltungs- und Betriebsausgaben einzusparen.

Der Vorsitzende lässt hierüber abstimmen.

Beratungsergebnis: 18 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 1 Enthaltung

Weiterhin stellt Mitglied Arntzen folgenden Antrag:

- HHSt. 3.580.9512 "Anlegung Barfuß-Park" VE + 30,000 €
Schaffung eines Barfuß-Parks auf dem Eltenberg.
Anbringung eines Sperrvermerkes, da noch ein geeigneter Betreiber gefunden werden muss.

Der Vorsitzende lässt über diesen Antrag abstimmen.

Beratungsergebnis: 19 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

Mitglied Arntzen weist noch darauf hin, dass es in diesem Jahr wieder gelungen ist, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Weiterhin kann auf die Kürzung freiwilliger Leistungen verzichtet werden und des Weiteren kann auf eine Aufnahme von Krediten verzichtet werden. Diese Dinge zeichnen den Haushalt in besonderer Weise aus.

Auch Mitglied Jessner bezieht sich auf die intensive Zusammenarbeit zwischen den Fraktionen und Verwaltung, der es gelungen ist, diese Haushaltssatzung vorzulegen. Die Anträge der SPD sind z. T. schon in den Ausschüssen vorberaten und finden sich in der heutigen Vorlage wieder.

Mitglied Jessner bezieht sich auf die Beratungen im Ältestenrat, in der mehrheitlich die Meinung vertreten wurde, Neueinstellungen und Wiederbesetzungen frei gewordener Stellen vierteljährlich im Ältestenrat zu beraten.

Es geht nicht darum, Bewertungsunterlagen einzusehen, sondern lediglich um die Frage -ist zusätzlicher Personalbedarf da? Er stellt den entsprechenden Antrag.

Mitglied Struckhof kann diesem Antrag nicht zustimmen, da die FDP der Meinung ist, in den nächsten 10 Jahren 20 % des gesamten Personals einzusparen. Die Verwaltung sollte in Zusammenarbeit mit dem Personalrat einen entsprechenden Vorschlag erarbeiten.

Die Vorsitzenden der CDU, BGE und GRÜNE stimmen diesem Antrag zu.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.

- SN 1 "Personalausgaben"
Neueinstellungen und Wiederbesetzung frei gewordener Stellen sind vorab im Ältestenrat zu beraten und zu entscheiden.

Beratungsergebnis: 18 Stimmen dafür, 1 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

Mitglied Struckhof teilt mit, dass seine Fraktion den Haushalt ablehnt. Es fehlen 10,4 Mio. € im Verwaltungshaushalt, die durch Umstrukturierung aus dem Vermögenshaushalt ausgeglichen werden. Die Aussage der Verwaltung, dass nur ein Minus i. H. v. 300.000 € vorliegt, stimmt seiner Meinung nach nicht.

Mitglied Beckschaefer teilt mit, dass die BGE die Art, wie die finanziellen Dinge geregelt worden sind, für nicht richtig hält. Seine Fraktion lehnt den Haushalt ab.

Mitglied Siebers erklärt für ihre Fraktion, dass sie ebenfalls den Haushalt ablehnen. Das Investitionsvolumen sei i. E. überzogen. Aufgrund der Haushaltslage müssten Straßenbaumaßnahmen, die nicht öffentlich gefördert werden, verschoben werden. Hierzu gehört z. B. auch die Umgestaltung der Kaßstraße, dieses ist dem Bürger nicht zuzumuten.

Der Vorsitzende macht auf einen redaktionellen Fehler in der Vorlage aufmerksam. Im § 1 "Vermögenshaushalt" muss es richtig heißen 16.558.667 €.

Mitglied Arntzen stellt den Antrag, gemäß Vorlage, mit den heutigen Ergänzungsanträgen zu empfehlen.

Mitglied Jessner schließt sich dem Antrag der CDU an.

Der Rat beschließt

1. die nachfolgende Haushaltssatzung der Stadt Emmerich am Rhein für das Haushaltsjahr 2004 mit Haushaltsplan und Anlagen:

Haushaltssatzung der Stadt Emmerich am Rhein für das Haushaltsjahr 2004

Aufgrund der §§ 77 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NRW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung und zur Änderungen anderer Gesetze vom 16.12.2003 (GV NRW S. 766) hat der Rat der Stadt Emmerich am Rhein mit Beschluss vom folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2004, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinden voraussichtlich eingehenden Einnahmen, zu leistenden Ausgaben und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im Verwaltungshaushalt	in der Einnahme auf	47.560.484 EUR
	in der Ausgabe auf	48.075.360 EUR
im Vermögenshaushalt	in der Einnahme auf	16.558.667 EUR
	in der Ausgabe auf	16.558.667 EUR

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2004 zur Finanzierung von Ausgaben im Vermögenshaushalt (für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen) erforderlich ist, wird auf 920.000 EUR festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionsausgaben und Ausgaben für Investitionsförderungsmaßnahmen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf 6.811.000 EUR festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Haushaltsjahr 2004 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 7.000.000 EUR festgesetzt.

§ 5

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2004 wie folgt festgesetzt:

1.	Grundsteuer	
1.1	für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf	220 v.H.
1.2	für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf	381 v.H.
2.	Gewerbsteuer nach dem Gewerbeertrag auf	403 v.H.

§ 6

1. Der Kämmerer oder der für das Finanzwesen zuständige Bedienstete entscheidet über die Leistung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben.
Über- und außerplanmäßige Ausgaben ab 25.000 EUR im Einzelfall bedürfen der vorherigen Zustimmung des Rates der Stadt nach § 82 GO NW.
Zahlungen nach § 22 GemHVO, kalkulatorische Kosten, Innere Verrechnungen sowie Kreditumschuldungen bleiben hiervon unberührt.
2. Als geringfügig i.S.v. § 82 Abs. 1 Satz 6 GO NW gelten über- und außerplanmäßige Ausgaben bis zu 5.000 EUR.
3. Die Grenze erheblicher Abweichungen i.S.v. § 80 Abs. 2 Ziffer 1 und 2 GO NW wird auf 5 v.H. der Ausgaben des Haushaltsjahres festgesetzt.
4. Die Geringfügigkeit von Investitionen i.S.v. § 80 Abs. 3 Ziffer 1 GO NW wird auf 2 v.H. der Ausgaben des Vermögenshaushaltes festgesetzt.
5. Über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen ab 25.000 EUR gelten gem. § 84 Abs. 1 GO NW i.V.m. § 82 Abs.1 Satz 5 GO NW als erheblich und bedürfen der vorherigen Zustimmung des Rates.

§ 7

Die im Stellenplan enthaltenen Vermerke "künftig umzuwandeln" (ku) und "künftig wegfallend" (kw) werden bei Ausscheiden der bisherigen Stelleninhaber/innen aus diesen Stellen wirksam.

2. den Stellenplan 2004

3. das Investitionsprogramm 2004 – 2007

Beratungsergebnis: 13 Stimmen dafür, 4 Stimmen dagegen, 2 Enthaltungen

4 02 - 13 1557/2004 Über- und außerplanmäßige Ausgaben des Haushaltsjahres 2003

Der Vorsitzende lässt über den Antrag, gemäß Vorlage zu empfehlen, abstimmen.

1. Der Rat beschließt, die unter Ziffer 1 aufgeführten und gem. § 82 Abs. 1 Satz 5 letzter Halbsatz i.V.m. § 6 Abs. 1 der Haushaltssatzung genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben zur Kenntnis zu nehmen.
2. Der Rat beschließt, die unter Ziffer 2 aufgeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben gemäß § 82 Abs. 1 Satz 5 letzter Halbsatz GO NW zu genehmigen.

Beratungsergebnis: 19 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

5	04 - 13 1554/2004	Erlass einer ordnungsbehördlichen Verordnung über die Offenhaltung von Verkaufsstellen aus Anlaß der Veranstaltungen	
		"Emmerich blüht auf"	am 14.03.2004
		"Autoshow"	am 13.06.2004
		"Stadtfest"	am 12.09.2004
		"St. Martinsmarkt"	am 07.11.2004

Mitglied Diekman stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu empfehlen.

Der Rat beschließt die vorliegende ordnungsbehördliche Verordnung über die Offenhaltung von Verkaufsstellen aus Anlass der vorgenannten Veranstaltungen im Gebiet der Stadt Emmerich am Rhein.

Beratungsergebnis: 18 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 1 Enthaltungen

6 Mitteilungen und Anfragen

Mitteilungen

1. Grenzüberschreitende Studie zum ÖPNV;
hier: Mitteilung vom Ersten Beigeordneten Dr. Wachs

Aufgrund der Anfrage im BPVA nach dem Stand des Verfahrens gibt Erster Beigeordneter Dr. Wachs einen kurzen Überblick zum weiteren Vorgehen. Zu gegebener Zeit wird diese Angelegenheit im Ausschuss für Landschaftspflege und Umweltschutz vorgestellt.

2. Finanzangelegenheit Koch;
hier: Mitteilung vom Ersten Beigeordneten Dr. Wachs

Erster Beigeordneter Dr. Wachs teilt mit, dass der Verwaltung das Urteil des OLG Düsseldorf zugegangen ist. Das OLG sagt in diesem Urteil, dass die Leistung i. H. v. 1,3 Mio. € eine Leistung von Herrn Koch an die Stadt Emmerich sei und somit der Anspruch der Gemeinde Grenzach-Wyhlen zu verneinen ist. Ferner lässt das OLG eine Revision an den BGH nicht zu.

Im Gegensatz hat jedoch die Gemeinde bis zum 01.03.d.J. die Möglichkeit beim BGH eine Nichtzulassungsbeschwerde einzureichen, die dann dort geprüft werden müsste. Die Verwaltung wird entsprechend unterrichten.

3. Zweitwohnungssteuer;
hier: Mitteilung von Herrn Siebers

Herr Siebers erläutert anhand von Vergleichszahlen aus Grömitz, einer großen Fremdenverkehrsgemeinde, und Overath mit 4 großen Campingplätzen die dortige Zweitwohnungssteuer. In Emmerich sind derzeit mit Nebenwohnsitz nur 421 Personen gemeldet; diese Zahl müsste für die Ermittlung der Zahl der möglichen Steuerpflichtigen bereinigt werden. Aufgrund der dann verbleibenden Anzahl von Nebenwohnungsinhabern dürfte der Aufwand für Erfassung, Bestandspflege, Beitreibung nicht mehr in einem angemessenen Aufwand zu der möglichen Einnahme stehen.

Anfragen

1. Einladung zu einer Fahrt nach Moers;
hier: Anfrage von Mitglied Beckschaefer

Mitglied Beckschaefer bezieht sich auf eine Einladung zur Begutachtung der zukünftigen Plattierung einer Straßen in der Innenstadt incl. einer Fahrt nach Werne und Moers. Herr Diks wie auch Frau Sickelmann haben keine Einladung zu dieser Fahrt bekommen. Er fragt nach, ob dieser Termin für die Veranstaltung noch aktuell ist und durchgeführt wird. Die Verwaltung sagt aus, dass diese Veranstaltung stattfindet.

2. Lagerung der PAN-Plakate in den Kellerräumen des Stadttheaters;
hier: Anfrage von Mitglied Beckschaefer

Mitglied Beckschaefer bezieht sich auf die Sitzung des Kulturausschusses, in der Herr Heyming sich dahin gehend geäußert hat, dass eine Vielzahl der PAN-Plakate im Keller des Stadttheaters gelagert werden. Die Plakate können, nach Aussage von Herrn Heyming, nicht im Keller des PAN gelagert werden, da dieser feucht sei. Miete wird offensichtlich nicht gezahlt, da keine Haushaltsstelle im Etat vorhanden ist.

Seine Fragen hierzu:

"Wer ist verantwortlich für diese Feuchtigkeit?"

- a) der Architekt,
- b) der Bauunternehmer
- c) der Bauherr, die Stadt Emmerich.

Gibt es bereits Erkenntnisse, welche Kosten entstehen, wenn diese Feuchtigkeit beseitigt wird?"

Anmerkung de Verwaltung:

Der Umbau des Gebäuderiegels der ehemaligen Schokoladenfabrik Lohmann zum Plakatumuseum hat eine lange Geschichte - seit der ersten Förderzusage 1988. Seit dieser Zeit hat allerdings auch der Bau schutzlos herumgestanden. Der Erwerb des ehemaligen Fabrikgeländes durch die Stadt wurde zu 80 % aus Landesmitteln gefördert. Die Rückforderung dieser Fördermittel wegen fehlender richtlinienkonformer Nutzung stand 1997 als Drohung des Ministeriums im Raum.

Über einen längeren Zeitraum wurden Planungen und Wettbewerbe durchgeführt. So z. B. Gesamtnutzung des Lohmanngebäudes mit Sparkasse, Krankenhaus, Hotel usw.. Wegen der Kostenschätzung von 20 Mio. DM wurde dieser Plan verworfen.

Auf eine Empfehlung des Ministeriums wurde danach die LEG beauftragt, ein Konzept unter dem Aspekt von Rückzahlungspflichten und Fördermöglichkeiten zu erarbeiten. Ergebnis war eine Gesamtplanung mit einer Kostenermittlung von 24 Mio. DM.

Im Zusammenhang mit dieser Gesamtplanung für das Lohmangelände hat das Büro Bau-art aus eigenem Antrieb und ohne Kostenschätzung einen Entwurf zu möglichen Nutzungen in der sog. "Schokoriegellösung" gemacht. Vorgesehen war ein multifunktionaler Veranstaltungsraum, das Plakatumuseum, die Bücherei und der Kellerbereich für Jugendnutzung.

Um nicht die Fördermittel zurückzahlen zu müssen, hat der Rat die förderfähige Schokoriegellösung beschlossen auf der Basis einer Kostenberechnung von 7,85 Mio. DM. In der Folge wurde der Jugendbereich am Brink angesiedelt. Somit stand das gesamte Kellergeschoss im Riegel zunächst zur Disposition. In Verbindung mit der Überlegung in der derzeitigen Bücherei ein Bürgerbüro unterzubringen, wurde die Stadtbücherei bei einer Mehrkostenschätzung von ca. 400.000 DM als Kellernutzung eingeplant.

Nach der Entscheidung, dort auch keine Bücherei unterzubringen, stand der Kellerbereich für Nutzungen ohne besondere Anforderungen zur Verfügung. Bei entsprechenden Vorgaben durch die Stadt oder die damals in Rede stehenden Nutzer an höhere Anforderungen hätten sich die Baukosten um rd. 300.000 DM erhöht. Dementsprechend beinhalten die Ausbaupläne keine höheren Anforderungen für den Kellerbereich. Sie sind Grundlage der derzeitigen Verträge mit PAN.

Die im Anlageplan dargestellten 2 betroffenen Räume sind als Lager- (z. B. für Stühle aus dem Mehrzweckraum) bzw. als Atelierraum eingeplant, wobei hier gerade der im Keller vertretene überdisziplinäre Randbereich der Kunstszene seine Bestätigung finden sollte. Vom PAN wird ausdrücklich bestätigt, dass eine Lagerung von Papieren nie vorgesehen war, eine planungskonforme Nutzung mithin außer Rede steht.

Eine Begehung der beiden Räume im Januar 2004 hat zu folgenden Feststellungen geführt:

- Alle Fenster der betroffenen Räume (Werkstatt/Lager u. Ausstellungsraum) sind geschlossen.
- Die Räume sind beheizt.
- Die Luftfeuchtigkeit der betroffenen Räume liegt nahe der Sättigung.
- An den Fensterinnenseiten fallen beträchtliche Mengen Kondenswasser an.
- Die Feuchte der Putzflächen in den betroffenen Räumen liegt nach Messungen zwischen 30 - 40 %.
- Die Feuchte vergleichbarer Putzflächen in Räumen mit ausreichend Luftaustausch (Ausstellung/Technik) liegt bei 15 - 20 %.
- Vergleichbare Putzflächen in Räumen mit ausreichend Luftaustausch (Ausstellung/Technik) weisen keine bzw. keine aktiven "Ausblühungen" auf.

Der Architekt empfiehlt, dass die in den Bauteilen enthaltene Feuchtigkeit durch Luftaustausch aus dem Gebäude geführt werden muss. Wie bei vergleichbaren Putzflächen innerhalb des Gebäudes zu sehen ist, kann dieser Luftaustausch dazu führen, dass die Feuchtigkeit innerhalb der Wand gesenkt wird.

Eine Zwangsentlüftung der betroffenen Räume kann das Problem des fehlenden Luftaustausches lösen.

Die Entlüftungsquerschnitte sind ausreichend zu dimensionieren.

Eine Überarbeitung der Wandflächen im KG sollte frühestens im Sommer/Herbst 2004 ausgeführt werden. Dabei sind vor einem erneuten Anstrich die betroffenen Wände auf gelöste Putzflächen und Farbreste zu untersuchen und gegebenenfalls auszubessern. Alle Wandflächen sind abzufegen und mit geeigneten Dispersionsfarben anzustreichen.

Im Hinblick auf die in der HFA-Sitzung vom 03.02.2004 gestellte Frage, ist festzuhalten:

In Übereinstimmung mit der Gebäudeplanung war keine Lagerung von Plakaten im Kellerraum je vorgesehen. Der Ausbauzustand und damit die Nutzungsmöglichkeiten der Kellerräume spiegeln genau diese Planung wieder.

Der in der HFA-Sitzung angesprochene Raum ist feucht. Will man dafür Verantwortlichkeiten im Sinne bewusster Entscheidungen festmachen so sind letztgenannte durch die Bauherrn getroffen worden.

3. Ehemaliges Rewe-Center; hier: Anfrage von Mitglied Tenhaef

Auf entsprechende Anfrage von Mitglied Tenhaef teilt die Verwaltung mit, dass keine neuen Erkenntnisse vorliegen,

7 Einwohnerfragestunde

Einwohner sind keine anwesend.

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18.33 Uhr, nachdem keine Wortmeldungen vorliegen.

Vorsitzender

Schriftführerin